

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder



Bundesvorstandsitzung

Bericht aus der virtuellen Sitzung, Seite 3

Fachbereich reaktiviert

Rechtspflegerbereich startet neu, Seite 5

Bundesjugendtag DJJ

Infos zum BJT am 21.10.2022 in Köln-Deutz, Seite 7

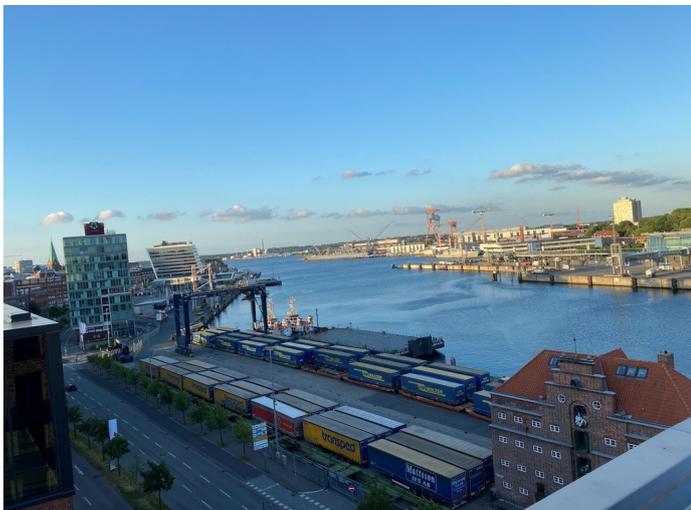
Mitglied im DBB Beamtenbund und tarifunion

Bundesleitung:

+++DJG-Tour-Telegramm+++

13.-/14.06.2022: dbb-Bundesvorstand/dbb-Bundeshauptvorstandssitzung in Kiel

+++Auf Einladung des dbb-Landesbundes Schleswig-Holstein



fand die diesjährige Sommer-Sitzung des dbb-Bundesvorstandes/dbb-Bundeshauptvorstandes in der Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein statt.

Nach dem letztjährigen Treffen 2021 noch unter strengeren Pandemie-Regelungen in Dortmund, konnten erstmalig nach dem COVID-19-Ausbruch unter (fast) regulären Sitzungsbedingungen die Mitglieder des dbb-Bundesvorstandes sowie des dbb-Bundeshauptvorstandes im Atlantic-Hotel in Kiel tagen.

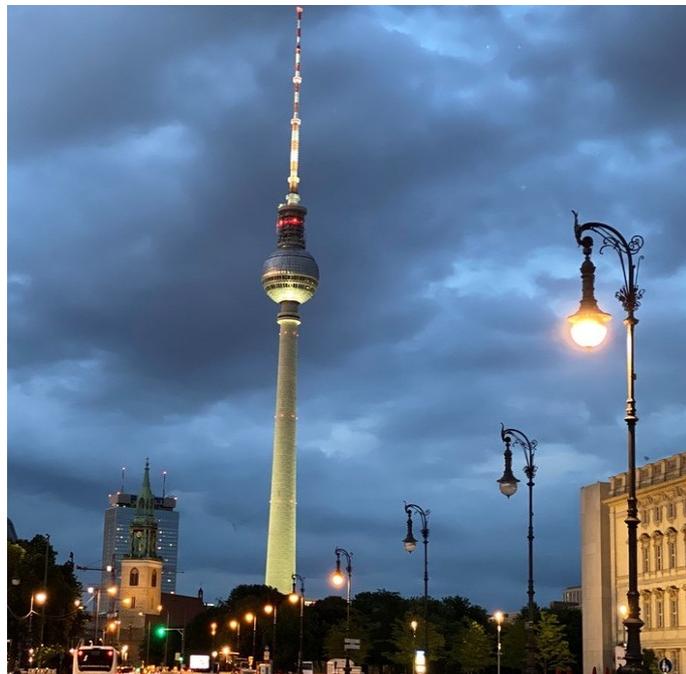
Für die DJG Bund vor Ort war der Bundesvorsitzende Emanuel Schmidt.

Nach einem Treffen der Bundesfachgewerkschaften bereits am Sonntag, 12.06.2022, konnten erste Diskussions- und Eckpunkte für die anschließenden Gremiensitzungen innerhalb der einzelnen Gruppierungen abgestimmt werden. In der am darauffolgenden Tag stattfindenden Sitzung des dbb-Bundesvorstandes standen die Lageberichte aus der dbb-Bundesleitung als auch eine Vorabstimmung zur Aufnahme der „Vereinigung Cockpit“ (Pilotenvereinigung) im Vordergrund. Bei der sich unmittelbar anschließenden Sitzung des dbb-Bundeshauptvorstandes wurde nach einer Begrüßung durch den designierten Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Gün-



ther, der die Attraktivität und Bedeutung des öffentlichen Dienstes betonte, die Tagesordnung fortgesetzt. Aus dieser

sind insbesondere die beschlossene Aufnahme der Pilotenvereinigung Cockpit – aber auch die Berichte aus den Grundsatzkommissionen und diverse Leiteträge für den dbb-Bundesgewerkschaftstag 2022 hervorzuheben. Grundsätzlich wurde in allen Beiträgen und Forderungen immer wieder betont, wie wichtig die Personalgewinnung und die effiziente Digitalisierung für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und die Zufriedenheit aller Mitglieder in Zukunft ist.+++



20.06.2022: Sommerfest des Deutschen Richterbundes in Berlin

+++Auf Einladung des Deutschen Richterbundes (DRB) nahm der Bundesvorsitzende Emanuel Schmidt am Empfang und Sommerfest des Deutschen Richterbundes in Berlin teil. Nach einer dreijährigen „Corona-Pause“ konnte diese jährliche Veranstaltung mit eingeladenen Gästen aus Justiz, Politik, Verbänden und Gewerkschaften wieder stattfinden. In entspannter Atmosphäre, zu der auch Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann mit seinem persönlichen Grußwort beigetragen hat, konnte der DJG-Bundesvorsitzende mit den beiden neuen Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Andrea Tietz und Joachim Lüblinghoff, sowie VertreterInnen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages aber auch mit anderen VerbandsvertreterInnen Gespräche führen. Es konnten dabei weitere Kontakte untereinander vereinbart werden. +++

Bundesleitung:

Aufgeschoben heißt nicht aufgehoben... (?)

Bundesvorstandssitzung im März 2022

...so lautet das bekannte Sprichwort und dies dachte die Bundesleitung auch, als sie die für das Frühjahr 2021 geplante Bundeshauptvorstandssitzung auch kleiner Gewerkschaftstag genannt aufgrund der Coronapandemie in das Frühjahr 2022 verlegen musste. Doch leider traf dieses Sprichwort nicht für unsere DJG zu, denn auch in diesem Jahr ließ die pandemische Lage die Durchführung einer großen Veranstaltung in Präsenz nicht zu. So mussten wir den auf den März 2022 verschobenen kleinen Gewerkschaftstag im niedersächsischen Königslutter am Elm leider ganz absagen.

Die vorausgehende Bundesvorstandssitzung konnte aber als hybride Videokonferenz stattfinden. So begrüßte die vor Ort anwesende Bundesleitung, die an den eigenen Bildschirm zugeschalteten Vorsitzende der Landesverbände und der Fachbereiche, sowie die Jugend - und Frauenvertreterin am 11. März 2022. In der Videokonferenz erstattete die Bundesleitung ihren Tätigkeitsbericht. So konnte den Teilnehmern u. a. mitgeteilt werden, dass der langersehnte Fachbereich „Rechtspfleger“ reaktiviert wurde. Die Teilnehmer aus den einzelnen Bundesländern trafen sich bereits 4 mal in einer Videokonferenz. Eine nächste wird Anfang August und das erste Präsenztreffen vom 15.09. bis 17.9.2022 ebenfalls in Königslutter

stattfinden. Leider haben erst wenige Landesverbände einen Teilnehmer benannt, daher bat die Bundesleitung die Landesvorsitzenden um Werbung für diesen Fachbereich und Benennung weiterer interessierter Mitglieder. Nachdem die Kassenberichte und die Mitgliederzahlen behandelt wurden, waren die Fachbereiche mit ihren jeweiligen Berichten und Anträgen dran.

Auch die DJG-Jugend (DJJ), welche gleichzeitig in Königswinter tagte, um ihren Bundesjugendtag vorzubereiten, konnte aus dem Tagungsraum in Köwi einen kurzen Bericht übermitteln. Für die Frauen berichtete Bianca Korbanek, dass am 24.03.2022 eine Videokonferenz stattfinden soll, auf welcher die Anträge zum dbb Gewerkschaftstag bearbeitet werden sollen. Nach dem Schlusswort des Bundesvorsitzenden wurde die Bundesvorstandssitzung nach 2 ½ Stunden beendet.

Auch wenn es sehr schade war, dass wir uns nicht in Präsenz treffen konnten, war es eine gelungene Veranstaltung, die ohne technische Probleme durchgeführt werden konnte.

Michaela Rieck
Bundesschatzmeisterin



Fachbereich: Richter und Staatsanwälte Mitglieder Gesucht!!!

Seit mehr als 25 Jahren ist der Fachbereich Richter und Staatsanwälte Bestandteil der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG).

Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben sich bewusst der DJG als Mitglieder angeschlossen, der Gewerkschaft für alle in der Justiz vertretenen Berufe. Justiz kann nur durch Zusammenarbeit und Mitarbeit ihrer Berufsgruppen funktionieren. Als einziger Berufsverband vertritt die DJG solidarisch alle in der Justiz Tätigen.

Um weiterhin in der DJG tatkräftig mitwirken zu können, werden neue Mitglieder für den Fachbereich gesucht.

Interessierte melden sich bitte bei dem Landesvorsitzenden ihres Landesverbandes.

Dr. Peter Speckamp
Fachbereichsvorsitzender

Bundesleitung:

Gewalt gegen Beschäftigte

Veröffentlichung der Studie im Auftrag des Bundesinnenministeriums

Wir haben uns die Veröffentlichung der neuen Studie zu Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einmal näher angeschaut. Ziel des Forschungsprojektes war es eine Faktenbasis für die Entwicklung nachhaltiger Strategien zum Umgang mit Gewalt zu schaffen, da es keinen Gesamtüberblick darüber in der Bundesrepublik gibt. Der Studie liegen Befragungen von Behördenleitungen und eine Beschäftigtenumfrage zugrunde. Lt. der Studie hat jeder 4. Beschäftigte im öffentlichen Dienst schon einmal Gewalt am Arbeitsplatz erlebt.

Im Ergebnis kann für den Justizbereich festgehalten werden, dass sich die Zahlen im Vergleich von vor und nach Covid19 mit 89% mehr als verdoppelt haben.

Die Arten der gemeldeten Gewalt reichen von Beleidigungen bis versuchte Tötung, letzteres mit 0,03 % pro 1000 Beschäftigte. Laut der Studie dominieren hier Beleidigungen und Bedrohungen. Der Anteil von nicht gemeldeten gewalttätigen Übergriffen liegt in der Justiz bei 72% gegenüber 47% im Justizvollzug. Im Gesamtergebnis für den gesamten Öffentlichen Dienst werden durchschnittlich **7 von 10 Übergriffen nicht gemeldet**.

Als Hauptgründe für die Nichtmeldung, hier waren Mehrfachnennungen bei der Befragung zulässig, wurden von 56% der Befragten „die Meldung ändere nichts an der Situation“, von

55 % „der Übergriff ist nicht meldewürdig, von 32% „der bürokratische Aufwand ist zu hoch“ genannt.

Aufhorchen lässt, dass 3 % der Befragten geäußert haben, dass es eine Anweisung gäbe, Übergriffe nicht zu melden bzw. 11% angaben „eine Meldung würde nicht gerne gesehen“.

Die Höhe der Dunkelziffer beweist einmal mehr, dass Meldesysteme so einfach wie möglich gestaltet werden müssen. Auch die Führungskräfte müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, solche Meldungen ernst zu nehmen und den Beschäftigten Unterstützung anzubieten. Es versteht sich von selbst, dass auch alle gemeldeten Fälle strafrechtlich verfolgt werden müssen.

Für alle und eben gerade für besonders gefährdete Bedienstete, wie bspw. Justizwachmeister, Gerichtsvollzieher und Bewährungshelfer fordern wir, ein Gesamtkonzept für die Justiz zu erarbeiten, in dem alle zur Verfügung stehenden Präventionsmaßnahmen eingebettet sind und das es anschließend bis in die kleinste Dienststelle hinein umzusetzen gilt, und zwar bundesweit.

Ein weiterer Bereich, in dem es für die Justiz noch viel zu tun gibt und in dem dringender Handlungsbedarf besteht.

Michael Auriga
stv. Bundesvorsitzender

Fachbereich: Tarif

aktuelle Regelung der Jahressonderzahlung (TV-L)

Die Redaktionsverhandlungen, die jeweils an die Tarifrunden stattfinden, klären im Nachgang noch einige kleinere Bereiche. Die Redaktionsverhandlungen zur Tarifrunde 2021 sind nunmehr abgeschlossen. U.a. wurde die Regelung der Jahressonderzahlung im Detail geklärt.

Die Jahressonderzahlung gemäß § 20 TV-L wird ab dem Jahr 2023 weiter mit den Prozentsätzen aus 2021 errechnet und damit wieder dynamisiert.

Das von der TdL in der Redaktion vorgeschlagene Einfrieren auch im Jahr 2023 konnte damit abgewehrt werden. Weitere Informationen können im Anhang nachgelesen werden.

Die Jahressonderzahlung beträgt bei Beschäftigten ab dem Kalenderjahr 2022

in den Entgeltgruppen	ab dem Kalenderjahr 2022
1 bis 4	87,43 v.H.
5 bis 8	88,14 v.H.
9a bis 11	74,35 v.H.
12 und 13	46,47 v.H.
14 und 15	32,53 v.H.

Karen Altmann
Fachbereichsvorsitzende

Fachbereich: Rechtspfleger

Neues aus dem Fachbereich Rechtspfleger

Passend zur derzeitigen Jahreszeit ist auch der Fachbereich Rechtspfleger nach einer längeren Auszeit wieder zu neuem Leben erwacht. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers Marco Besselt trafen wir uns erstmalig am 18.01.2022 zu einer Videokonferenz, an der Rechtspfleger-Kollegen aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hamburg, Brandenburg, Bayern und Niedersachsen teilgenommen haben.

Zunächst wollten wir uns natürlich erst einmal kennenlernen, was zugebener Maßen im Videoformat etwas schwierig ist. Dann ging es schon an die Sammlung von möglichen Themen, die im Fachbereich behandelt werden sollen.

Folgende Themenschwerpunkte wurden dann in der nächsten Videokonferenz am 17.02.2022 aufgelistet:

- Weitere Übertragungsmöglichkeiten aus dem richterlichen Bereich in den Bereich der Rechtspfleger*innen
- Arbeitsveränderung durch Einführung der eAkte
- Austausch Home-Office, Telearbeit und mobiles Arbeiten
- Stellenbesetzung im Bereich der Rechtspfleger*innen (Nichtbesetzung und Ausbildungskapazitäten)
- Vorantreiben der Führungskräfte-Entwicklung in der Justiz
- PeBbSy

Schnell stellte sich dabei heraus, dass von den Fachbereichsmitgliedern im Bereich „PeBbSy“ ein großer Besprechungs- und Handlungsbedarf gesehen wird.

Auch auf der nächsten Videokonferenz vom 30.03.2022 wurde dieses Thema intensiv besprochen. „PeBbSy“ wird dann auch auf dem für die Zeit vom 15. bis 17.09.2022 in Königslutter geplanten ersten Präsenztreffen des Fachbereichs sicherlich ein wichtiger Tagesordnungspunkt, neben der Wahl des Fachbereichsvorsitzes und dessen Stellvertretung, werden.

Dankenswerterweise hat Silke Gölzenleuchter von der Bundesleitung zunächst einmal kommissarisch die Leitung des Fachbereichs übernommen. Auf dem Präsenztreffen soll dann eine Fachbereichsleitung nebst Stellvertretung gewählt werden.

Leider sind derzeit lediglich sechs Landesverbände im Fachbereich Rechtspfleger sowie die Jugend vertreten. Wir würden uns daher sehr freuen, wenn weitere interessierte Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Landesverbänden unseren Fachbereich verstärken würden. Denn in den bisherigen Besprechungen hat sich gezeigt, dass gerade der Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern sehr gewinnbringend sein kann.

Die nächste Videokonferenz findet am 02.08.2022 statt. Interessenten können sich gerne bei Ihren Landesvorständen melden. **Schnuppert doch mal rein!**

Thomas Kratzberg
LV Niedersachsen

Fachbereich: Senioren

Sparen auf Kosten des öffentlichen Dienstes

Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre wurden bewusst ausgeschlossen!

Die Bundesregierung hat angesichts der stark steigen Energiepreise schnelle und spürbare Entlastung und Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes versprochen und in einer abendlichen Mammutsitzung ein Maßnahmenpaket (auch zum Heizkostenzuschussgesetz -20/689) beschlossen.

Nach diesem Gesetz bekommt jeder steuerpflichtige Erwerbstätige eine Einmalzahlung von 300,- Euro, die allerdings zu versteuern sind, Empfänger von Sozialleistungen erhalten einmalig 200,- Euro, jedes Kind erhält einmal 100,- Euro, die Energiesteuer bei Diesel und Benzin werden für 3 Monate gesenkt und das Monatsticket für den öffentlichen Nahverkehr für 90Tage auf 9,- Euro festgelegt.

Aber, wo sind die Entlastungen für die Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre?

Dieses Maßnahmenpaket ist weder gerecht noch sozial ausgewogen, sondern insgesamt mit „heißer Nadel“ gestrickt. Die gesamte Gruppe der Senioren wurde komplett und in diskriminierender Weise von den Maßnahmen ausgeschlossen. Dabei sollte der Koalitionsregierung durchaus bekannt sein,

dass ein großer Teil unserer Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre über kleine und kleinste monatliche Bezüge verfügt und ebenso die überhöhten Energiepreise (Heiz- und Energiekosten) zu tragen hat.

Da hilft auch die im Juli zu erwartende Rentenerhöhung als Entschuldigungsversuch der Ampelkoalition nicht. Die Rentenerhöhung ist das Ergebnis der Einkommensentwicklung im letzten Jahr - von der übrigens die Pensionäre in den meisten Ländern ausgeschlossen wurden – und kann nicht mit dieser neuerlichen Entwicklung der Inflation sowie der unverhältnismäßig hohen Sprit- und Energiepreise in „einen Topf“ geworfen werden.

Im Gegenteil, sie unterstreicht unverkennbar die Nichtachtung der von uns vertretenen Gruppe der Senioren.

Wir erwarten von den regierenden Parteien zeitnah eine Nachbesserung der Maßnahmen zugunsten der Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre unseres Landes.

Sabine Wenzel
Fachbereichsvorsitzende

Fachbereich: Senioren

Die Senioren tagten wieder!

Potsdam, die Landeshauptstadt des Landes Brandenburg, ist nicht nur bekannt als ehemalige Residenzstadt der Könige von Preußen, sondern auch als größtes Ensemble der deutschen Welterbestätten und deshalb von der UNESCO in die Liste der Weltkultur- und Naturerbe der Menschheit aufgenommen. Seit 2019 ist Potsdam zudem auch UNESCO-Filmstadt im Netzwerk der kreativen Städte (Zitat aus Wikipedia)



Potsdam war unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I auch geprägt als wichtiger Garnisonsstandort, ferner von dem „Tag von Potsdam“ (21. März 1933 Handreichung des Reichspräsidenten Paul v.d Hindenburg und Adolf Hitler) ,dem „Potsdamer Abkommen“ der Siegermächte im Schloss Cecilienhof (hier wurde vom 17.Juli bis 2. August 1945 die deutsche Teilung und Besetzung in vier Zonen besiegelt) sowie der Glienicker Brücke, die durch die Teilung in Ost- und West, zum Agentenaustausch genutzt und deshalb auch weit über die Grenzen hinaus bekannt wurde.

Alles ausreichend Gründe, um Potsdam als Tagungsort für die Seniorentagung 2022 zu erwählen, nachdem die Tagungen 2020 und 2021 pandemiebedingt ausfallen mussten. Dankenswerterweise konnten wir die Räume in der dbb-Geschäftsstelle im Zentrum von Potsdam nutzen und wurden sehr freundlich und herzlich durch den Landesbundsvorsitzenden Ralf Roggenbuck empfangen und begrüßt.

Nach Schluss der Sitzungen haben wir die besonderen Bauweisen des „Holländer Viertels“, der „Russischen Kolonie Alexandrowka“ , der Glienicker Brücke und natürlich des Landesparlaments (im Volksmund „Schloss“) bewundert. Eine Stadtrundfahrt zu den Schlössern, Neues Palais, Sanssouci und Cecilienhof gehört allgemein zum Kennenlernen von Potsdam und ist somit Standard.

Wir stellten fest, dass der inhaltlich von uns vorgeschlagene Flyer „**Gemeinsam auch im Alter**“ von der Bundesleitung sehr gut gestaltet wurde. Die Verteilung an die Mitglieder vor Eintritt in den Ruhestand könnte deren Austritt verhindern und das Interesse am Verbleib in der Gewerkschaft und möglicherweise die Mitarbeit in der Seniorengruppe wecken.

Unserem Unmut ließen wir freien Lauf über das Vergessen der Senioren im Maßnahmenpaket der Bundesregierung und bei der Corona- sowie der Energiepauschale, denn die stetig steigende Inflation trifft die Senioren ebenso wie alle Erwerbstätigen, die allerdings großzügig bedacht wurden. Zur Begründung die Rentenerhöhung zu bedienen, ist unanständig.

Dass die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Frau Claudia Moll an unserer Sitzung aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, bedauerten wir, wollen aber unbedingt ein Gespräch mit ihr wahrnehmen. Das umfangreiche Thema rund um die Pflege darf nicht vernachlässigt werden, denn die Zahl der Senioren mit hoher Lebenserwartung steigt erfreulicherweise stetig an, wobei die Situation der Pflegenden und damit die Qualität der Pflege nicht im Gleichklang wächst.

Intensiv und einzeln wurde über die Annahme unserer Anträge zum Bundesgewerkschaftstag des dbb gesprochen, der im November 2022 in Berlin stattfindet. Diese Anträge hatten wir bereits bei der Bundesseniorenvertretung eingereicht, die am 26. April in ihrer Hauptversammlung ausführlich darüber beraten hatte.

Mit Freude konnten wir feststellen, dass alle unsere Anträge angenommen wurden und somit in die Antragstellung zum dbb - Bundesgewerkschaftstag einfließen.

Unser Steuerseminar zu „Renten und Pensionen“ war nicht nur informativ sondern durch lebhaftes und intensive Fragen und Antworten sehr entspannt und brachte für uns wichtige und aufschlussreiche Erkenntnisse. Dafür bedanken wir uns bei Herrn Schiballa, natürlich auch für das Skript, das uns in der Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Rente und Pension und deren Besteuerung in der Praxis hilfreich ist.

Wir entschieden uns, im kommenden Jahr unsere Sitzung in Stralsund abzuhalten, und Sonja Reich erklärte sich zur Übernahme der Organisation bereit. Auch darauf freuen wir uns.

Alles in allem war unsere Sitzung in Potsdam fachlich, politisch und gewerkschaftlich sehr bereichernd. Schade nur, dass es nicht in jedem Landesverband eine Seniorenvertretung gibt.

Sabine Wenzel
Fachbereichsvorsitzende

Jugend:

Bundesjugendtag der Deutschen Justiz Jugend (DJJ)

Der Bundesjugendtag ist das höchste Gremium der Jugendverbände. In diesem Jahr findet auch der Bundesjugendtag der Deutschen Justiz-Jugend vom 20. bis 22. Oktober in Köln unter dem Motto „40+1 Process loading... - Jugend im Wandel“ statt.

Neben der Wahl einer neuen Bundesjugendleitung habt auch ihr als Mitglieder die Möglichkeit die gewerkschaftliche Arbeit der jungen DJG für die nächsten Jahre mitzugestalten.

- Du hast Interesse am Austausch mit jungen Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet?
- Du schaust auch gerne mal über den Tellerrand?
- Du hast schon ewig etwas auf dem Herzen und suchst nur die passende Möglichkeit dich aktiv einzubringen?

Melde dich bei Interesse an unserem Bundesjugendtag unter jugend@djj.de oder bei deinem Landesvorstand.

Julia Konrad
Vorsitzende der DJJ



Bundesjugendtag der dbb jugend

Unter dem Motto „Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.“ fand vom 06. bis 07. Mai 2022 der Bundesjugendtag der dbb jugend in Berlin statt.

Gemeinsam mit vielen weiteren jungen GewerkschafterInnen aus dem gesamten Bundesgebiet machten sich Kim Bido, Jannika Schatz, Julia Konrad und René Pellegrini zur Vertretung der Interessen der jungen DJG auf den Weg nach Berlin. Neben der Wahl einer neuen Bundesjugendleitung stand auch

gendtags ging es insbesondere um die Themenfelder Digitalisierung, Ehrenamt, Sicherheit, Vielfalt, Soziales, Bildung und Beamten- und Tarifrecht.



Zum neuen Vorsitzenden der dbb jugend wurde Matthäus Fandrejewski (komba jugend) gewählt. Sein Team wird komplettiert durch Sandra Heisig (DStG Jugend), Daria Abramov (komba jugend), Toni Nickel (Junge Polizei) und Claudio Albrecht (GDL).



die Beratung und Beschlussfassung über eine hohe Anzahl von Anträgen an. Passend zum Motto des diesjährigen Bundesju-

Julia Konrad
Vorsitzende der DJJ



Aus den Landesverbänden ...

LV Hessen

70. Jahre DJG-Hessen

Mit einem Jahr Verspätung beging die Deutsche Justiz-Gewerkschaft ihr 70. Jubiläum.

Am 28.04.2022 trat der Landesvorstand der der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Hessen zunächst zu seiner Landesvorstandssitzung zusammen.

In der kurzweiligen Sitzung wurden u.a. Themen, wie die Einführung der elektronischen Akte, als auch die damit verbundene Ausbildungssituation in Form eines Workshops ausführlich



diskutiert.

Mit den erarbeiteten Ergebnissen können wir gut gerüstet in Gespräche mit politischen Vertretern als auch mit unserem Dachverband, dem DBB-Hessen einsteigen, fasste der Vorsitzende Erwin Schmidt, den Verlauf der Sitzung zusammen. Tags darauf, am 29.04.2022 stand der Festakt zum 70. Bestehen der DJG-Hessen auf dem Programm.

Bei dem Empfang stießen rund 50 Gäste aus der Politik und Justiz auf den Geburtstag des Verbands, der im Jahre 1951 gegründet wurde, an.

Gerne hätte der Landesvorstand Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann begrüßt, jedoch musste diese ihre feste Zusage kurzfristig aufgrund einer außerordentlichen Kabinettsitzung zurückziehen, gleichwohl bot Frau Kühne-Hörmann einen Ersatztermin an, dem der Landesvorstand gerne nachkommen wird.

Trotz einiger weiterer kurzfristigen Corona-Absagen konnte der 1. Landesvorsitzende, Erwin Schmidt, dennoch viele Gäste begrüßen, darunter auch die Landtagsabgeordneten Lena Arnoldt, CDU, Esther Kalveram, SPD und Lisa Deißler, FDP, die in ihren Grußworten das Engagement der DJG würdigten und herausstellten, dass gerade die von der DJG vertretenden Berufsgruppen zu einem funktionierenden Rechtsstaat einen großen Beitrag leisten. Der Magistrat der Stadt Kassel wurde durch Hajo Schuy vertreten.

Weiter durfte die DJG den Präsidenten des Oberlandesgerichts, Prof Dr. Roman Poseck, der in seiner Rede neben der Übermittlung der Grüße von Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, die ihre Verhinderung außerordentlich bedauerte, hervorhob, dass die Justiz nicht nur aus Richtern und Staatsanwälten besteht, sondern auch ganz wesentlich aus dem sog. nichtrichterlichen

Dienst, ohne deren Arbeit ein gesprochenes Urteil nicht vollstreckt werden könne.

Prof. Dr. Poseck bat die politischen Vertreter eindringlich, die Justiz mit weiteren Sparmaßnahmen zu verschonen und nicht nur im richterlichen bzw. staatsanwaltlichen Dienst Stellen zu



schaffen, sondern auch im nichtrichterlichen Dienst.

Weiter wurde der Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs, Uwe Steinberg und der Präsident des Amtsgerichts Kassel, Wolf Winter, begrüßt.

Der Landesvorsitzende des DBB-Hessen, Heini Schmitt, mahnte in seiner Rede die verfassungswidrige Beamtenbesoldung an und forderte die anwesende Landtagsabgeordnete Lena Arnoldt zur politischen Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofes auf.

Der aus Hagen angereiste Bundesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Emanuel Schmidt, forderte die anwesenden politischen Vertreter auf, den in der Justiz vorherrschenden Wettbewerbsföderalismus, gerade bei der Digitalisierung endlich abzuschaffen.

Nach den Reden standen die Ehrungen langjährige Mitglieder auf dem Programm. Für 50 Jahre Mitgliedschaft in der DJG Hessen wurden Herr Ernst Werner von der Bezirksgruppe Kassel und Herr Heinz Assmann von der Bezirksgruppe Marburg geehrt. Aus der Bezirksgruppe Limburg, konnte Frau Elisabeth Friedrich für Ihre 40-jährige Mitgliedschaft geehrt werden.

In seinem Schlusswort betonte Schmidt nochmal, dass das Schiff „Justiz“ ausreichend Besatzung benötige, damit es seetauglich bleibe. Jede Kollegin, jeder Kollege werde dringend für die Aufgaben an Bord gebraucht, es ist keine Galeere und darf es auch nicht werden, so der Vorsitzende.

Die DJG Hessen werde ihren Beitrag dazu leisten, wir sind personell und inhaltlich gut gerüstet, um als Gewerkschaft konstruktiv daran mitzuarbeiten. Bei dem anschließenden gemeinsamen Mittagessen, wurden dazu schon gute Gespräche geführt .

Erwin Schmidt

1. Landesvorsitzender

LV Hessen:

Antrittsbesuch der DJG Hessen bei Justizminister Poseck

Vor den Veränderungen im Hessischen Ministerium der Justiz hatten die DJG mit der noch amtierenden Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann einen Gesprächstermin vereinbart. Ihr Nachfolger Herr Staatsminister Prof. Dr. Roman Poseck, war so freundlich diesen Termin beizubehalten, so dass der geschäftsführende Vorstand sich am 13.06.2022 zum gegenseitigen Kennenlernen und offenen Austausch in der Landeshauptstadt einfand.



Hauptthema bildete das fehlende Personal in der Justiz, die Einführung der elektronischen Akte, die Ausbildung in allen Justizberufen sowie das „mobile Arbeiten“.

Innerhalb der Themenkreise stellte der Landesverband seine Ideen bzgl. einer Zusatzausbildung in den Bereichen Verwaltung und IT vor, die insbesondere die Berufsgruppen des mittleren Dienstes und der Justizfachangestellten betreffen soll, um

hier weitere Tätigkeitszweige im Bereich der Verwaltung als auch in der IT zu eröffnen. Es ist der DJG ein besonderes Anliegen, dass die IT-Vorortbetreuer (VOB) gestärkt werden. Es ist davon auszugehen, dass im Hinblick auf die Einführung der e-Akte mehr VOB gebraucht werden, als bisher eingesetzt sind. Die DJG, sieht hier die Notwendigkeit junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die hohen Anforderungen der Fachanwendungen, als auch dem damit verbundenen Administrationsaufwand mit einer entsprechenden Zusatzausbildung heranzuführen. Je weiter die Digitalisierung fortschreitet wird in diesem Bereich gut geschultes und engagiertes Personal dringend benötigt, so der Landesvorsitzende Erwin Schmidt.

Aber auch im Verwaltungsbereich könnten viele Tätigkeiten auf den Bereich des mittleren Dienstes oder Justizfachangestellte übertragen werden, hierzu hat die DJG ein Konzept mit vielen Ideen zu Aufgabenübertragungen erarbeitet. Einerseits sollen mit diesen Maßnahmen fehlende Kapazitäten im Rechtspfleger-Bereich freigesetzt und andererseits Beförderungsbzw. Höhergruppierungsmöglichkeiten geschaffen werden, was die Attraktivität der Justizberufe steigert.

Sowohl die Vertreter der DJG als auch der Justizminister waren sich darüber einig, dass bzgl. der Attraktivität aller Justiz-Berufe noch einiges getan werden muss, um den Kampf um besten Köpfe besonders im Rhein-Main-Gebiet nicht von vorneherein zu verlieren.

Der geschäftsführende Vorstand dankt Herrn Staatsminister Poseck für das offene, konstruktive und freundliche Gespräch. Der Landesvorstand freut sich sehr über die Zusage den Austausch im kommenden Herbst fortzuführen.

Silke Gölzenleucher
2. Landesvorsitzende

LV Saar:

Antrittsbesuch der DJG Saar bei Ministerin Berg und Staatssekretär Dr. Diener

Nach den kürzlich stattgefundenen Landtagswahlen im Saarland und einem politischen Farbwechsel gab es auch Veränderungen im Ministerium der Justiz.

Der Landesvorstand der DJG hat sich heute mit Frau Ministerin der Justiz Petra Berg und Herrn Staatssekretär Dr. Jens Diener zu einem gegenseitigen Kennenlernen und offenen Austausch im Ministerium getroffen.

Insbesondere die nach wie vor bestehende Personalnot in allen Laufbahnen war u.a. Thema des Gesprächs. Wir baten insoweit, die bisher eingeschlagene Ausbildungsoffensive konsequenterweise fortzuführen, was zugesagt wurde. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass wir über die Attraktivität unserer Berufe, sicher aber auch des gesamten öffentlichen Dienstes, reden müssen. Und die hängt, so Berg, sicher auch ein Stück weit mit der Bezahlung zusammen. Viele weitere Themen rund um unsere tägliche Arbeit vor Ort rundeten das Gespräch ab.



Wir danken Frau Ministerin und Herrn Staatssekretär für das freundliche, offene und konstruktive Gespräch und werden auf das Angebot, die Gespräche fortzuführen, sicher gerne zurückkommen.

Dirk Biegel
Landesvorsitzender

LV Rheinland-Pfalz

Landesgewerkschaftstag der DJG-RLP

Unter dem Motto „70 Jahre DJG RLP – Mit uns Justiz erleben, verstehen und mitreden“ fand am Donnerstag, dem 23.06.2022 der Landesgewerkschaftstag in Verbindung mit den Feierlichkeiten zum 70jährigen Bestehen der Deutsche Justiz-Gewerkschaft Rheinland-Pfalz (DJG RLP) statt.

Bei sommerlichen Temperaturen eröffnete Landesvorsitzender Rolf Spurzem die Arbeitssitzung des Gewerkschaftstages gegen 09:30 Uhr mit der Begrüßung der Delegierten. Zeitgleich startete auf der Homepage ein Live-Ticker, über den sich Interessierte jederzeit über den Verlauf und den aktuellen Stand des Gewerkschaftstages sowie des anschließenden Festaktes informieren konnten.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Stimmberechtigten wurde den Delegierten neben der überarbeiteten Satzung auch die aktualisierte Geschäfts- sowie die Wahlordnung detailliert vorgestellt. Anschließend kam es zur Beschlussfassung und alle Änderungen wurden einstimmig angenommen. Hiernach ging es mit den Vorbereitungen zur Neuwahl des Landesvorsitzenden und dessen Stellvertretern weiter.

Zuerst wurde das Präsidium, später der Wahlausschuss aus den Reihen der Delegierten gewählt. Nach Übernahme der Sitzungsleitung durch den gerade gewählten Vorsitzenden des Präsidiums, Pirmin Bantz, übergab dieser das Wort an Rolf Spurzem, welcher mit dem Tätigkeitsbericht der Landesleitung fortfuhr. Spurzem blickte in seinem Bericht auf die vergangenen fünf Jahre zurück. Neben der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit, der Nachwuchsgewinnung, den Streiks und Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, der Arbeit in den verschiedenen Gremien wie Haupt- und Bezirkspersonalrat, war auch die Corona-Pandemie mit all ihren Folgen für das justizielle Arbeitsleben prägend für diese Zeit.

Aber auch die Flutkatastrophe an der Ahr, in Trier und Wittlich spielte eine große Rolle in der Arbeit der DJG RLP. Gemeinsam mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten Rheinland-Pfalz wurde eine Spendenaktion innerhalb der Justiz initiiert, bei welcher eine Spendensumme in Höhe von 25.000,00 € erreicht werden konnte. Diese wurde an 9 Betroffene der rheinland-pfälzischen Justiz ausgezahlt. Die Höhe der Summe zeugt von einem hohen Maß an Solidarität innerhalb der Kolleginnen und Kollegen, und dies ämterunabhängig!

Es folgte der Kassenbericht, ruhig und sachlich vorgetragen durch Landesschatzmeister Andreas Klees. Der anschließende Bericht der beiden Kassenprüfer blieb ohne Beanstandung, so dass es schon kurz darauf zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zur Aussprache und der Entlastung der Landesleitung, kommen konnte.

Unmittelbar hierauf kam es zur Wahl des Landesvorsitzenden. Vorgeschlagen wurde Rolf Spurzem, welcher seine Bereitschaft zur erneuten Übernahme des Amtes erklärte. Er konnte mit 100

% der Stimmen ein überragendes Wahlergebnis einfahren und nahm die Wahl, sichtlich gerührt, an.

Danach folgte die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Vorgeschlagen wurden Timo Dorsch, Christian Esch, Liane Jung, Jannika Schatz, sowie Udo Woschitz. Alle 5 erzielten ebenfalls sehr gute Ergebnisse und nahmen das Amt jeweils an.



Zur anschließenden Wahl des Landesschatzmeisters war erneut Andreas Klees vorgeschlagen und auch er wurde eindrucksvoll im Amt bestätigt.

Das Präsidium konnte sodann seine Arbeit beenden und die Leitung des Landesgewerkschaftstages wieder an den Landesvorsitzenden übergeben.

Nachdem die restlichen Tagesordnungspunkte abgearbeitet waren, endete der Gewerkschaftstag gegen 12:00 Uhr und die Delegierten verbrachten gemeinsam die Mittagspause.

Um 14:00 Uhr startete der Festakt zum 70jährigen Bestehen der DJG RLP mit dem Film des dbb „Menschen im Dienst der Menschen“ welchem die Anwesenden gespannt folgten. Anschließend begrüßte der Landesvorsitzende Rolf Spurzem die Ehren- und Festgäste.

.... Fortsetzung Seite 11

So konnten u.a. Justiz-Staatssekretär Dr. Matthias Frey, Frau Dr. Eggers-Wronna, Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz, der leitende Regierungsdirektor Michael Mrohs in Vertretung für Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz, Generalstaatsanwalt Dr. Jürgen Brauer aus Koblenz, der Präsident des Landgerichts Mainz, Tobias Eisert, der stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer der DJG, Marco Besselt sowie der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Rheinland-Pfalz, Robert Tophofen, begrüßt werden.

In seiner Festrede blickte Rolf Spurzem nicht nur auf die aktuellen Entwicklungen von Gewerkschaft und Justiz zurück. Er zeichnete auch ein Bild der vergangenen 70 Jahre, in welcher sich die DJG RLP immer weiterentwickeln, anpassen und teilweise auch neu erfinden musste. Das dieser Weg erfolgreich gegangen wurde, zeigt sich heute darin, dass die Gewerkschaft auch 70 Jahre nach ihrer Gründung tief in der Justiz verwurzelt ist.

Spurzem betonte weiter, dass die DJG RLP nach wie vor für eine leistungsgerechte Bezahlung, eine aufgabenbezogene Personalausstattung, eine ausreichende und qualifizierte Aus- und Fortbildung, sowie die Schaffung einer individuellen Arbeitswelt, angepasst an die jeweiligen Bedürfnisse eines jeden einzelnen Bediensteten steht.

Als größte Fachgewerkschaft für die Justiz trägt die DJG auch heute noch eine besondere Verantwortung für alle Bediensteten. Die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit der kommenden Jahre sind ein mobiler Arbeitsplatz, flexible Arbeitszeiten und die individuelle Alltagsgestaltung am Arbeitsplatz. Hierfür machte sich Rolf Spurzem stark.

Zum Abschluss des Festaktes wurde Ulrich Klein, langjähriger stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender der Bezirksgruppe Pfalz, in Würdigung seiner Verdienste für die DJG Rheinland-Pfalz zum Ehrenmitglied ernannt.

Neben ihm wurde auch Julia Konrad verabschiedet, welche viele Jahre mit sehr großem Engagement und Herzblut als Landesjugendleitung sowie stellvertretende Landesvorsitzende für die Gewerkschaft aktiv war.

Beiden gilt der ausdrückliche Dank und die Anerkennung ihrer Verdienste im Namen der gesamten DJG RLP!

Peter Brucker begleitete den Festakt musikalisch am E-Piano.

Gegen 15:30 Uhr endeten die Feierlichkeiten zum 70jährigen Bestehen der DJG Rheinland-Pfalz mit einem Empfang.

Christian Esch
Pressereferent LV RLP



Landesleitung der DJG RLP, v.l.n.r.: Rolf Spurzem, Christian Esch, Liane Jung, Jannika Schatz, Andreas Klees, Timo Dorsch. Es fehlt Udo Woschitz.

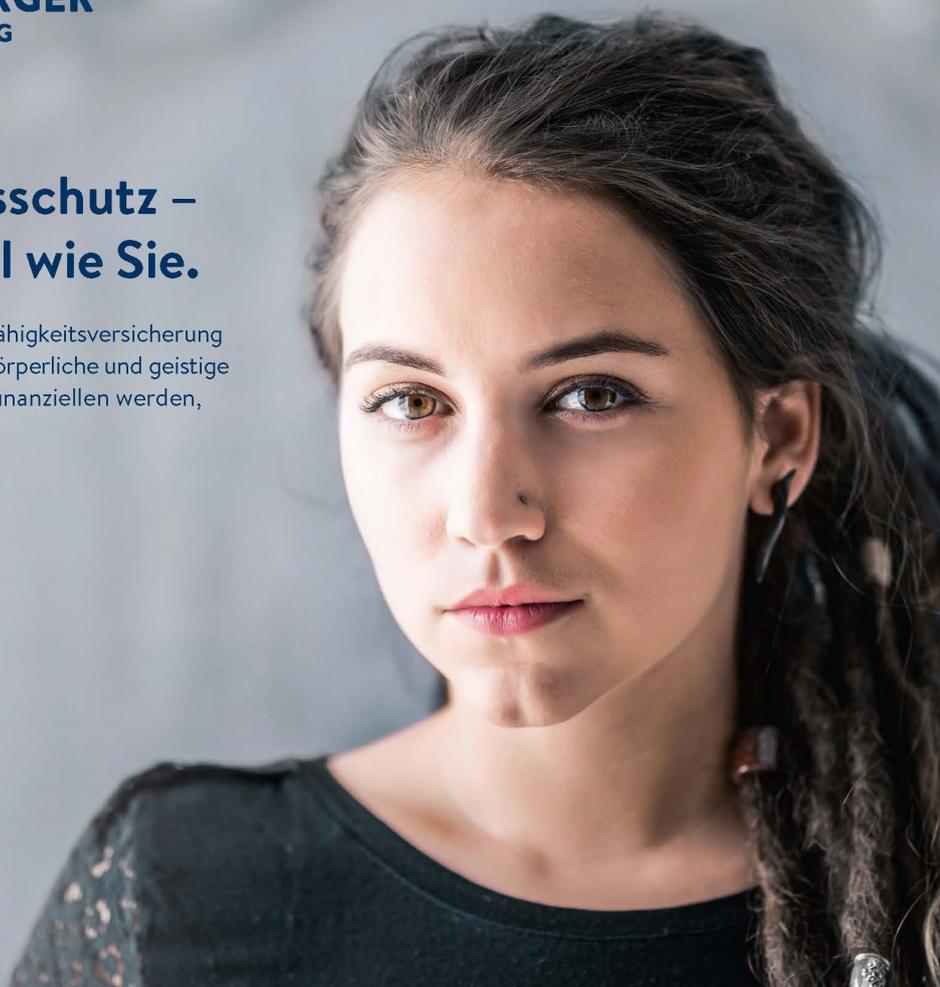


NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de



Termine 2022:

Fachbereich Tarif:	05.07.2022, 19:00 Uhr, Videokonferenz
Jour fix FB-Leiter/BuLei:	12.07.2022, 18:30 Uhr, Videokonferenz
Fachbereich Rechtspfleger:	02.08.2022, 18:30 Uhr, Videokonferenz
Bundesleitung:	22. bis 24.07.2022, Wildeshausen
Bundesleitung:	03./04.09.2022, Hagen
Fachbereich mittl. Dienst:	29./30.07.2022, Pegnitz
Fachbereich ASD:	01. bis 03.09.2022, Fulda
Fachbereich MmB -Seminar-:	08. bis 10.09.2022, Fulda
Fachbereich Rechtspfleger:	15. bis 17.09.2022, Königslutter
DJG-Frauen:	29.9. bis 01.10.22, Königslutter
Fachbereich Wachtmeister:	05. bis 07.10.2022, Königslutter
Bundesleitung:	13. bis 14.10.2022, Königslutter
Bundesvorstand:	14. bis 15.10.20022, Königslutter
Fachbereich Tarif:	15. bis 16.10.2022, Königslutter
DJJ Bundesjugendtag:	20. bis 22.10.2022, Köln
DBB Gewerkschaftstag:	27. bis 30.11.2022, Berlin

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und
tarifunion

V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:

Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
redaktion@djg-bund.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung

Bildmaterial/Illustrationen:

E. Schmidt, D. Biegel, D. Barkanowitz, C. Esch, S.
Gölzenleuchter, Julia Konrad.

Autoren:

Emanuel Schmidt, Michaela Rieck,
Dr. Peter Speckamp, Thomas Kratzberg, Sabine
Wenzel, Michael Auriga, Julia Konrad, Erwin Schmidt,
Silke Gölzenleuchter, Dirk Biegel, Christian Esch,
Karen Altmann.
Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor
verantwortlich.